

FTD, 29.03.2011

Das grüne Experiment EnBW

Wie kein anderer Stromkonzern Deutschlands ist EnBW von der Atomkraft abhängig. Nun übernehmen auf Eigentümerseite ausgerechnet die Grünen die Macht - und wollen den Konzern umbauen. Der Beginn eines hochriskanten Experiments.

von [Michael Gassmann](#) Düsseldorf, [Nikolai Fichtner](#), [Heimo Fischer](#) Stuttgart und [Maike Rademaker](#) Berlin

Andreas Renner hat sich schnell auf die neue Wirklichkeit eingestellt. Hat sich seine Lederjacke übergezogen, ist raus aus dem Landtag, wo die CDU trauert, und 300 Meter weiter gezogen, dahin, wo die Musik dröhnt. Jetzt steht der Cheflobbyist des Stromkonzerns [EnBW](#) zwischen jubelnden und tanzenden Grünen. Um ihn herum Anti-Atom-T-Shirts und graue Pferdeschwänze. So sehen sie aus, seine neuen Eigentümer.

Renner war einmal Minister in der Landesregierung, er ist immer noch Mitglied der engsten CDU-Führungsriege. Das hat ihm lange bei seiner Arbeit geholfen. Nun müssen andere Kontakte her. Eben, im Landtag, ist es schon gut losgegangen: Da stand er genau richtig, mitten im Laufweg von Winfried Kretschmann, dem neuen grünen Ministerpräsidenten. "Winfried, ich gratuliere dir." Die beiden haben sich gut verstanden, als Renner noch im Landtag war. Daran will er anknüpfen. Denn er wird mithelfen müssen, den drittgrößten Stromkonzern der Republik ergrünen zu lassen.

Winfried Kretschmann Vom grünen Urgestein zum Regierungschef



EnBW am Beginn eines einmaligen Experiments. Als neue Regierungspartei in Baden-Württemberg können ausgerechnet die Grünen das weitere Schicksal des Konzerns maßgeblich mitbestimmen, könnten aus dem Musterbetrieb der Atomindustrie ein ökologisches Vorzeigeunternehmen machen. Doch der **Umbau ist riskant - für das Land, für die Grünen und vor allem für den Konzern.**

Kein anderer deutscher Elektrizitätserzeuger ist so abhängig von der Atomkraft. EnBW ohne Atomstrom wäre wie ein Auto mit zwei Rädern. Die Karlsruher erzeugen heute 51 Prozent ihrer Elektrizität durch Kernspaltung. **Ohne die vier Meiler würde der Erlösstrom des Konzerns zum Rinnsal** - jeder der abgeschriebenen Reaktoren war bislang für 500 bis 600 Mio. Euro Umsatz gut. Ein allzu schneller Schwenk würde den Konzern überfordern - und damit **die Landeskasse schwer belasten**. Am Ende könnte aus dem internationalen Energiekonzern ein größeres Stadtwerk geworden sein, so wie es EnBW vor Beginn der Liberalisierung war. Der Anspruch, zum internationalen Player aufzusteigen, wäre dann endgültig Geschichte. Was also tun?



Stefan Mappus während einer Pressekonferenz in Karlsruhe

Die energiepolitischen Gestaltungsmöglichkeiten hat der designierte Ministerpräsident Kretschmann seinem christdemokratischen Vorgänger Stefan Mappus zu verdanken. Der

hatte dem französischen Stromkonzern [EDF](#) im vergangenen Dezember für 4,7 Mrd. Euro rund 45 Prozent der EnBW-Anteile abgekauft - offenbar in der Hoffnung, Landes- und Atompolitik gewinnbringend verknüpfen zu können. Die von der Bundesregierung durchgesetzte Laufzeitverlängerung bot eine vielversprechende Perspektive. Der Deal sollte sich selbst tragen, die Zinsen der dafür aufgenommenen Landesleihe aus den EnBW-Dividenden beglichen werden.

Doch diese Konstruktion hat sich schon mit dem Atom-GAU von Fukushima als kaum mehr tragfähig erwiesen. Im Zuge des von Bundeskanzlerin Angela Merkel verkündeten Moratoriums wurde der älteste Meiler des Konzerns, Neckarwestheim I, bereits vor der Landtagswahl endgültig stillgelegt. Ein zweiter Reaktor, Philippsburg 1, ist vorübergehend außer Betrieb. Dass es dabei bleibt, ist für viele Grüne keine Frage. Damit wäre etwa die Hälfte der EnBW-Kernkraftleistung abgeknipst. Und die Zukunft der anderen Hälfte ist offen. Kretschmanns politische Basis würde die noch laufenden Meiler lieber heute als morgen abschalten.

Mappus' schwere Hinterlassenschaft

Wie schnell der Konzern aus der Kernkraft aussteigt, wird für EnBW zur Existenzfrage. Vorstandschef Hans-Peter Villis demonstrierte am Montag diplomatischen Zweckoptimismus: "Wir sind davon überzeugt, dass wir als EnBW mit dem neuen Landtag und mit der neuen Landesregierung gut und konstruktiv zusammenarbeiten können", sagt er. **Auch Kretschmann, der im Wahlkampf immer wieder den schnellen Atomausstieg gefordert hatte, vermied am Tag nach der Wahl konkrete Aussagen, man brauche erst "die Innenansicht"**.

Der künftige Ministerpräsident weiß, dass er bei EnBW behutsam vorgehen muss, wenn er der neuen Landesregierung die finanziellen Spielräume für den politischen Wechsel erhalten will. Schon vor Fukushima sei der für die EnBW-Anteile gezahlte Preis viel zu hoch gewesen, stellte Kretschmann am Montag fest. Klar sei, "dass wir da eine schwere Hinterlassenschaft der Regierung Mappus schultern müssen". Und die ist schon ohne grüne Ausstiegs- und Umbaupläne für EnBW schwer genug: **"Wenn die Dividenden nicht höher sind als die Zinsen, fällt uns das auf die Füße"**, sagte Kretschmann. Ohne die Einnahmen aus dem Betrieb der beiden verbleibenden Atomkraftwerke wird die Last kaum zu halten sein. **Die Mittel für den Aufbau regenerativer Stromquellen fehlen dann ganz.** Dabei steht EnBW beim Einsatz erneuerbarer Energien mit einem Anteil von 10,5 Prozent am Energiemix nicht einmal schlecht da. RWE beispielsweise kommt nur etwa auf die Hälfte dieses Niveaus.

Aber ein Großteil seiner erneuerbaren Energien verdankt EnBW keiner visionären Strategie, sondern einigen Dutzend bis zu hundert Jahre alten Wasserkraftwerken. Bis 2020, so das von Villis ausgegebene Ziel, soll der Anteil der Erneuerbaren auf 20 Prozent steigen. In den nächsten Jahren sollten dazu rund 3 Mrd. Euro in Wind-, Wasser- und Biomassekraftwerke fließen. "Schneller, als wir es seit gut drei Jahren tun, kann man ein Unternehmen mit immerhin 20.000 Beschäftigten wirklich nicht neu ausrichten", sagt Villis.



EnBW Vorstandschef Hans-Peter Villis

Geht es nach den Grünen, müssten die Pläne aber weitaus ehrgeiziger werden. Im Falle eines allzu schnellen Ausstiegs könnten daraus jedoch kaum bezahlbare Träume werden. Schon jetzt ist klar, dass **EnBW künftig deutlich mehr Strom teuer auf dem Markt zukaufen muss, um nach Abschaltung der beiden Kernkraftwerke die sechs Millionen Kunden versorgen zu können.** Und das dürfte künftig noch teurer werden. Am Montag

legten die Preise für Strom, der im kommenden Jahr geliefert wird, an der Leipziger Strombörse EEX um 2,3 Prozent zu.

"Von den steigenden Margen in der Stromerzeugung profitieren die anderen Kraftwerksbetreiber - im wesentlichen RWE, Eon und der österreichische Verbund", erwartet Matthias Heck, Analyst bei der Investmentbank Macquarie in Frankfurt. **EnBW droht dagegen eine deutliche Verschlechterung der Kostenstruktur** - und der Verlust von Marktanteilen im immer schärferen Preiswettbewerb. Vorzeige-Kunde Daimler hat die Karlsruher bereits verlassen.

Zum Schaden kommt der Spott

Der kaum mehr aufzuhaltende Verfall des Unternehmenswerts lässt jetzt schon andere Anteilseigner aussteigen. **Zahlreiche kommunale Miteigentümer nutzen derzeit die Chance, dem Land ihre Aktien anzudienen.** Der Kurs wurde bei der Übernahme der EDF-Anteile auf 41,50 Euro festgesetzt. **Ausgerechnet die landeseigene Bank LBBW hatte in einem Gutachten einen Wertverfall bis zu 30 Prozent für den Fall eines vorzeitigen Atomausstiegs vorausgesagt. Im schlimmsten Fall drohten dem Land 1,3 Mrd. Euro Verlust.**

Trotzdem hat der Ausstieg für die grünen Landespolitiker weiterhin oberste Priorität. "Ziel muss es jetzt sein, die Nutzung der Kernenergie so schnell wie möglich zu beenden und nicht noch durch Strommengenübertragungen auf Jahre hinaus weiter zu verlängern", erklärte Franz Untersteller, der energiepolitische Sprecher der Grünen im Landtag. In Berlin wollen die Grünen aus dem Ländle dafür kämpfen, dass Strommengen von vorzeitig stillgelegten Kraftwerken nicht länger auf noch laufende übertragen werden können. Für EnBW bedeutete das einen erheblichen Aderlass. Analyst Heck taxiert den Wert der noch nicht verbrauchten Strommengen aus den stillliegenden Meilern auf 1,5 Mrd. Euro.

Noch kämpft die neue Landesregierung darum, überhaupt ihre Macht durchsetzen zu können. Zum Ärger von Kretschmann hat Mappus noch vor der Wahl Fakten geschaffen, indem er zwei CDU-Minister als Kandidaten für das Kontrollgremium benannte: Justizminister Ulrich Goll und Staatsminister Helmut Rau. Nun will der neue grüne Chef verhindern, dass sie kurz vor seinem Amtsantritt auf der Hauptversammlung gekürt werden. Er will mit Mappus reden.

"Wir freuen uns auf das Land Baden-Württemberg als neuen großen Anteilseigner und auf eine gute und konstruktive Zusammenarbeit", schrieb Vorstandschef Villis im jüngsten Geschäftsbericht. Fukushima und die politischen Folgen in Baden-Württemberg waren damals noch nicht absehbar. Inzwischen müssen EnBW-Manager zum Schaden auch noch Spott verkraften. "Na, Herr VEB-Kombinatsleiter!", frozelt am Wahlabend ein Grüner den Konzernlobbyisten Renner an und klopft ihm krachend auf die Schulter. Haha, der Energie-riese als volkseigener Betrieb! Renner lacht. Aber es klingt nicht wirklich fröhlich.